

15.09.2020

Rumänien investiert in Infrastrukturprojekte und Digitalisierung

EU fördert Rumänien bis 2027 mit 79 Milliarden Euro.

(GTAI) - Rumäniens Regierung erarbeitet bis Ende Oktober 2020 einen Maßnahmenplan, um die von der Europäischen Union (EU) in Aussicht gestellten Zuschüsse und Kredite aus dem Aufbau- und Resilienz-Mechanismus in Höhe von 30,4 Milliarden Euro zu erhalten. Im Zeitraum von 2021 bis 2027 stehen dem Land zudem 30,5 Milliarden Euro - nicht rückzahlbare Mittel aus dem Kohäsionsfonds - zur Verfügung.

Dies war das Ergebnis des EU-Gipfels vom 21. Juli 2020, bei dem die Staats- und Regierungschef den mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 beschlossen haben. Zusammen mit 19 Milliarden Euro für die Agrarpolitik hat die EU Rumänien für die kommenden sieben Jahre 79 Milliarden Euro zugesagt. Damit stehen dem Land 36 Milliarden mehr zur Verfügung als in der Ende 2020 auslaufenden Förderperiode, die 2014 begann.

Regierung startet Verhandlungen mit der EU

Der Aufbau- und Resilienz-Mechanismus ist neu und ein Bestandteil des Programms Next Generation EU im Kampf gegen die Folgen der Coronakrise. Um die Gelder zu erhalten, muss Rumänien einen ausgearbeiteten Maßnahmenplan vorlegen, der vom EU-Parlament und dem Ministerrat der EU genehmigt werden muss. Einen ersten Entwurf will die Regierung noch bis Ende Oktober erarbeiten und dann rasch mit der ersten Phase, der technischen Ausarbeitung der Projekte, beginnen. Die Zeit läuft, denn bis Ende 2022 müssen 70 Prozent der versprochenen Mittel aus dem Programm Next Generation EU vertraglich zugesichert sein. Um dies zu erreichen, kündigte Marcel Bolos, Minister für EU-Fördermittel an, kurzfristig Verhandlungen mit der EU aufzunehmen.

Lesen Sie den ganzen Artikel bei [Germany Trade & Invest](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.